

Veranstaltungen



Veranstaltungen
& Workshops
IAB-Colloquium
IAB-DiskAB

18./19. Februar **Autonomy at work and employee involvement: causes and consequences**
Internationale Konferenz

Mit Autonomie bei der Arbeit und der Beteiligung der Beschäftigten in Zeiten der Digitalisierung befasste sich eine internationale Konferenz in Nürnberg, die das IAB in Zusammenarbeit mit der Professur für Personal und Organisation der Universität Basel veranstaltete. Sie stand unter der Leitung von Prof. Lutz Bellmann (IAB und FAU) und Prof. Michael Beckmann (Universität Basel und IAB). Weiterer Kooperationspartner war das Labor and Socio-Economic Research Center der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU).

Die Digitalisierung ermöglicht es Unternehmen mehr denn je, ihre Arbeitsprozesse im Hinblick auf die Arbeitszeit und den Arbeitsort flexibel zu gestalten. Insbesondere die moderne Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie erlaubt es Beschäftigten, auf interne Dokumente und Informationen zuzugreifen sowie mit Kunden und Geschäftspartnern von praktisch jedem Ort aus und zu jeder Zeit zu kommunizieren. Die dadurch ermöglichte Flexibilität führt zu einer sehr starken Erhöhung der betrieblichen Effizienz. Auch die Reorganisation der Arbeitsprozesse ist Gegenstand vielfältiger Debatten, nicht nur in der Wissenschaft.

Steffen Viète und Daniel Erdsiek vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim berichteten von Komplementaritätseffekten zwischen dem Einsatz mobiler Informations- und Kommunikationstechnologien und

Maßnahmen einer flexiblen Arbeitsorganisation, sofern diese Maßnahmen eine hohe Mitarbeiterautonomie beinhalten. Susanne Braun und Lars Hornuf (Universität Trier sowie Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der EU) referierten über die Rolle von authentischer Führung, Selbstkonzept und Arbeitsnormen auf die Erfüllung von Leistungsanforderungen, die sie im Rahmen von Experimenten untersucht hatten.

Mehrere Vorträge beschäftigten sich mit den Bestimmungsgründen und Auswirkungen von Heimarbeit. Mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels haben Kira Pauka und Michael Beckmann von der Universität Basel den Zusammenhang zwischen der Arbeit von zu Hause aus und der Arbeitsanstrengung von Beschäftigten erforscht. Daniel Arnold, Susanne Steffes (beide ZEW) und Patrick Kampkötter (Universität zu Köln) analysierten auf der Basis von Daten des Linked Personnel Panels (LPP) des IAB die Rolle der Zielsteuerung bei der Nutzung von Heimarbeit. Deren Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensqualität stand im Mittelpunkt eines weiteren Vortrags von Daniel Arnold und Susanne Steffes.

Mario Bossler und Sandra Broszeit vom IAB präsentierten, ebenfalls auf der Grundlage von Daten des LPP, erste Ergebnisse zum Effekt des allgemeinen flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland auf die Zufriedenheit von Beschäftigten.

19. Februar **Berufsbildung und Hochschule – Entwicklungen und Wechselwirkungen**
7. Bildungskonferenz der Stadt Nürnberg

Als große Regelsysteme der nachschulischen Bildung unterliegen Berufsbildung und Hochschule

einem starken Veränderungsdruck. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und demografische Verän-

derungen wirken sich aus, erzeugen neue Annäherungen, verschärfen aber auch die Konkurrenz. Während die Bologna-Beschlüsse grundlegende Umbauten des Hochschulsystems ausgelöst haben, betrachten die Akteure des Systems der dualen Berufsausbildung das veränderte Bildungs- und Übergangsverhalten junger Menschen mit Besorgnis.

Diese bundesweit zu beobachtenden Trends haben unmittelbare Auswirkungen auf die kommunale Bildungslandschaft in Nürnberg, die Chancen und Perspektiven junger Menschen und die Fachkräftesicherung. Die 7. Bildungskonferenz der Stadt Nürnberg, für die erstmals eine Kooperation mit dem IAB geknüpft wurde, bot mehr als 300 Expertinnen und Experten, lokalen Akteuren und der interessierten Öffentlichkeit eine Plattform, um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu diskutieren und über die konkreten Herausforderungen und Chancen für Nürnberg und die Region ins Gespräch zu kommen.

Die akademische und die berufliche Bildung würden viel zu oft als dichotome Gegensätze betrachtet und dabei die Hochschulbildung als der „vermeintlich edlere“ Teil der Bildung über die berufliche Bildung gestellt, sagte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zu Beginn. Deutschland stehe trotz einer im OECD-Vergleich niedrigen Akademikerquote in wissensintensiven und innovationsorientierten Branchen gut da, was Maly auf das Zusammenspiel von akademisch und beruflich gut ausgebildeten Fachkräften in den Unternehmen zurückführte.

Ein Plädoyer für die Gleichbehandlung akademischer und beruflicher Bildung hielt Julian Nida-Rümelin, Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Staatsminister a. D. Er wandte sich gegen gängige Reflexe bei der Betrachtung der akademischen und der beruflichen Bildung und trat gleichzeitig für eine Kultur des Respekts und

der Anerkennung unterschiedlicher Bildungswege, Bildungsabschlüsse und Bildungsverläufe ein.

Zertifikat oder Kompetenz: Worauf kommt es an? Über diese und andere Fragen diskutierten im anschließenden Fachgespräch Oberbürgermeister Ulrich Maly, Prof. Corinna Kleinert (Otto-Friedrich-Universität Bamberg und IAB), Sarah Rössler, Vorstandsmitglied beim Versicherungskonzern HUK Coburg, und Prof. Eckart Severing, Leiter des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung.

Das Verhältnis von Berufsausbildung und Hochschulstudium befindet sich an einem historischen Wendepunkt. Diese zentrale These vertrat Prof. Martin Baethge in seinem Vortrag in „Forum 1“, einem von insgesamt sechs Fachforen. In der von Prof. Brigitte Schels moderierten Diskussion suchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums zunächst nach den Gründen für die rückläufige Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Benannt wurden die zunehmende Bürokratisierung, die mangelnde finanzielle Ausstattung der Berufsschulen, das stark gegliederte Schulsystem und die fehlende Attraktivität der Ausbildung in manchen Handwerksberufen. Als Lösung wurde unter anderem die individuelle Berufs- und Stu-



Prof. Corinna Kleinert (IAB und Universität Bamberg) präsentierte Ergebnisse ihrer umfangreichen Forschungsarbeiten zum Übergang zwischen Schule und Beruf.



Prof. Silke Anger (IAB und Universität Bamberg) erforscht die Arbeitsmarktsituation von Akademikern.



IAB-Forscherin Sandra Dummert, Dr. Michael Zibrowius vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln und Dr. Pierre-André Gericke von der Hochschule der BA in Mannheim (von links) befassten sich mit Passungsproblemen am Arbeitsmarkt.

dienorientierung an Gymnasien vorgeschlagen. Im betrieblichen Bereich könnten eine stärkere Flexibilität in der Ausbildung und die verstärkte Einführung von Teilqualifizierungen ein Ansatz sein.

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung stellt in Deutschland für Jugendliche mit niedriger Schulbildung immer noch eine hohe Hürde dar. Das trotz stetig steigender Studierendenzahlen weiterhin leistungsfähige duale Ausbildungssystem liefert im internationalen Vergleich gegenüber Ländern mit rein schulischen Ausbildungssystemen allerdings glattere Übergänge und geringere Jugendarbeitslosigkeit. Dieses Fazit zog Corinna Kleinert, die zum Einstieg in das „Forum 2“ Ergebnisse ihrer umfangreichen Forschungsarbeiten zum Übergang zwischen Schule und Beruf präsentierte. Als positive Einflussfaktoren für erfolgreiche Übergänge benannte Kleinert neben den individuellen Ressourcen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger insbesondere die der sozialen Umgebung und des persönlichen Umfelds.

Angebot und Nachfrage befinden sich auf dem Arbeitsmarkt auch im Jahr 2016 keineswegs im Gleichgewicht. Die Erforschung von „Passungsproblemen“ nimmt in den Blick, wo diese beiden auseinander liegen oder gar auseinanderdriften, also ein sogenannter „Mismatch“ besteht. In „Forum 5“,

dem IAB-Forum, beleuchteten die Referentinnen und Referenten auf der Basis des aktuellen Stands der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland einige Facetten dieser Diskrepanz.

„Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben in Deutschland unbesetzt“, bilanzierte IAB-Forscherin Sandra Dummert die Auswertung der Daten aus dem IAB-Betriebspanel. Dummert machte dafür vor allem regionale und betriebsspezifische Gründe aus. Probleme mit der Besetzung von Ausbildungsplätzen hätten vor allem kleine und kleinste Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten und Betriebe im produzierenden Bereich. Prof. Silke Anger (IAB und Otto-Friedrich-Universität Bamberg) konzentrierte sich auf die Arbeitsmarktsituation von Akademikerinnen und Akademikern. Im Vergleich mit Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder fehlendem Berufsabschluss seien Personen mit Universitätsabschluss deutlich seltener arbeitslos, so Anger. Studierte seien zwar seit Mitte der 1980er-Jahre in ihren Berufen häufiger überqualifiziert. Doch wirke sich dieses Passungsproblem zumindest im Vergleich zu adäquat beschäftigten Ausbildungsabsolventen nicht oder nur kaum auf die Höhe der Stundenlöhne aus.

Zum Abschluss der Bildungskonferenz stand noch einmal die Situation in der Stadt Nürnberg

im Mittelpunkt. In seinem Impulsreferat ging IAB-Direktor Prof. Joachim Möller zunächst auf die Digitalisierung ein, die auch in Nürnberg voranschreite. Sie berge durchaus ein hohes Substitutionsrisiko für Arbeitnehmer, das mit der Höhe der Qualifikation abnehme. Dem deutschen Bildungssystem attestierte Möller im Vergleich mit anderen Nationen eine hohe Durchlässigkeit. Allerdings müsse die Finanzierung von Weiterbildung und Ausbildung verbessert werden.

Wirtschaftsreferent Michael Fraas erklärte, dass die Entwicklung des Hochschulstandorts Nürnberg einen wichtigen Beitrag dazu leiste, die Nachfrage nach akademischen Fachkräften zu decken,

die Bildungschancen vor Ort zu verbessern und die Attraktivität und überregionale Ausstrahlung des Standorts Nürnberg weiter zu erhöhen. Eine besondere Rolle spielten die Hochschulen auch bei zahlreichen innovativen Unternehmensgründungen. Sozialreferent Reiner Prölß ging unter anderem auf das in Nürnberg bereits gut funktionierende Übergangsmanagement Schule–Beruf ein. Joachim Möller bescheinigte dem Bildungsstandort Nürnberg insgesamt eine gute Ausgangsposition. Regionen, in denen Branchen und Qualifikationen diversifiziert anzutreffen seien, hätten gute Entwicklungsmöglichkeiten.



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller, Elisabeth Ries, Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas und Sozialreferent Reiner Prölß (von links) beim Abschlussgespräch.

4./5. April

Forschungsinitiative Berufe und soziale Ungleichheit

Zweiter FiBus-Workshop

Auf reges Interesse stieß der zweite Workshop der Forschungsinitiative Berufe und soziale Ungleichheit (FiBus): Mehr als 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen nach Nürnberg, um über die Bedeutung des Berufs für die Beschreibung und Erklärung sozialer Ungleichheit zu diskutieren.

Der Workshop startete mit einer Keynote von Prof. Marlis Buchmann (Universität Zürich), die ein theoretisches Konzept vorstellte, das die unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen von Ausbildungsabsolventen mit Hilfe berufsspezifischer Unterschiede in Humankapitalausstattung, Produktivität und Arbeitsmarktfriktionen erklärt.

In der anschließenden ersten Session ging es um unterschiedliche Aspekte der Berufswahl von Jugendlichen. Die zweite Session beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern die theoretische und

empirische Berücksichtigung der Berufsebene zum Verständnis der Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt beitragen kann. In der dritten Session rückte schließlich das Thema berufliche Schließung in den Mittelpunkt der Diskussion. Den letzten Programmpunkt des Workshops bildete eine „OpenFloor“-Veranstaltung, in der Fragen, Probleme oder Ideen diskutiert wurden, die bei der wissenschaftlichen Bearbeitung berufsbezogener Fragestellungen aufgetreten waren.

Insgesamt zeigte sich, dass die theoretische und empirische Einbindung des Berufs in Ungleichheitsanalysen ein besseres Verständnis gesellschaftlich relevanter Prozesse ermöglicht und dass komplexe analytische Methoden einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung des direkten wie auch des vermittelnden Einflusses von Berufsmerkmalen leisten können.

20. April

Machen Smartphones wirklich smarter? Digitalisierung als Thema im Bildungsbereich

Erster „Erlanger Bildungsdialog“

Beim ersten Bildungsdialog der Stadt Erlangen und des IAB ging es um die von der Digitalisierung ausgelösten Veränderungen im Bildungsbereich. Was bedeuten diese Entwicklungen für die Bildung der Zukunft? Wie können die Lernenden und die Lehrenden von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren? Und wo ist Vorsicht geboten? Diese Fragen wurden gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Elternvertretern, Lehrkräften und Schulleitungen diskutiert.

Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, und IAB-Direktor Prof. Joachim Möller betonten zu Beginn die große Bedeutung der Digitalisierung für die Globalisierung, die gesellschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt. Möller wies dabei auch auf eine aktuelle IAB-Studie hin, nach der Hochqualifizierte künftig noch

mehr als bisher gefragt sein werden, während Geringqualifizierte die Verlierer sind.

Prof. Simon Wiederhold (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und Ifo-Institut München) befasste sich in seinem Impulsreferat mit dem Zusammenhang zwischen der Übertragung großer Datenmengen und der Entstehung von Innovationen und neueren Geschäftsmodellen sowie der Möglichkeit von Forschungs- und Entwicklungskooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen auch über größere Distanzen. Im zweiten Impulsreferat diskutierte Prof. Thomas Knaus von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg die Potenziale für guten Unterricht, die in digitalen Medien stecken.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen neben Knaus und Wiederhold zudem Florian

Ramming, zweiter Vorsitzender des Jugendparlaments Erlangen, Gertrud Reichert-Bord, Leiterin des Emmy-Noether-Gymnasiums Erlangen, und Thomas Zapf, Lehrer am Ohm-Gymnasium in

Erlangen, teil. Die von Smartphones ausgehenden Gefahren wurden ebenso ausführlich diskutiert wie der pädagogische Bildungsauftrag.

Was bringt das neue Gesetz zu Zeitarbeit und Werkverträgen?

28. April

5. Interdisziplinäres Forum zur Zeitarbeit

Die Regulierung der Zeitarbeit und der Werkverträge sowie deren künftige Rolle und Bedeutung standen beim 5. Interdisziplinären Forum zur Zeitarbeit in Nürnberg im Fokus. Auch die Auswirkungen der Digitalisierung und der Zuwanderung wurden von Praktikern und Wissenschaftlern intensiv diskutiert.

Privatdozent Alexander Spermann von der Universität Freiburg ging auf das Verhältnis von Zeitarbeit und Werkverträgen ein. Prof. Werner Widuckel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) berichtete von eigenen praktischen Erfahrungen, nach denen Werkverträge für beide Seiten schwierig sind.

In einer gemeinsamen Studie mit Prof. Manfred Bornwasser, emeritierter Professor für Sozialpsychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie der Universität Greifswald, untersuchte Volker Homburg, geschäftsführender Gesellschafter der ZIP-Zeitarbeit + Personalentwicklung GmbH, ob die Digitalisierung die Organisation von Zeitarbeit verändert, oder ob sich die Branche sogar neu erfinden müsse.

Prof. Markus Hertwig (Universität Chemnitz), Prof. Lutz Bellmann (IAB und FAU) und Dr. Christian Hohendanner (IAB) stellten eine gemeinsam mit Koautoren erstellte empirische Studie vor zur Verbreitung von On-Site-Werkverträgen in Nahrungsmittelindustrie, Verarbeitendem Gewerbe und Einzelhandel, von Werk- und Dienstverträgen im Bereich der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie sowie von Mitarbeitern mit Werk- und Dienstverträgen.

Nach IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei sind

Befürchtungen von massiven Arbeitsplatzverlusten eher unbegründet, da Produktivitätsgewinne und Strukturwandel auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten generieren können. Veränderungen in Sektoren und Berufen sowie veränderte Qualifikationsanforderungen sind dagegen durchaus wahrscheinlich. Bei den Beschäftigungsverhältnissen scheinen neue Tätigkeitsformen wie „Crowdworking“ oder „Crowdsourcing“ auf, welche zu strukturellen Verschiebungen in der Erwerbstätigkeit führen können. Dies könnte Auswirkungen auf die Leiharbeit haben.

In der abschließenden Podiumsdiskussion fragte Moderator Lutz Bellmann den BA-Vorstand Detlef Scheele nach dem besten Weg zur Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft. Scheele wies darauf hin, dass eine größere Gruppe von Zuwanderern zum Hochschulzugang berechtigt sei oder bereits ein Studium in ihrer Heimat begonnen



Prof. Lutz Bellmann vom IAB (links) mit Alexander Spermann, Privatdozent an der Universität Freiburg.

hätte. Es hapere für sie jedoch leider an Möglichkeiten des Spracherwerbs, um ihre qualifizierte (Aus-)Bildung fortsetzen zu können. Die Bundesagentur für Arbeit entwickle derzeit ein bildgestütztes System zur Kompetenzerfassung.

Für viele Flüchtlinge sei eine Verbindung von Arbeit und Qualifizierung der sinnvolle Weg, ergänzte Dr. Stefanie Janczyk, Leiterin des Ressorts „Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ beim Vorstand der Industriegewerkschaft Metall. Denn viele stünden unter hohem Druck, Geld zu verdienen – auch in der Leiharbeit. Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, sah ein zentrales Problem genau darin, dass Migranten dorthin wanderten, wo die höchsten Sozialstandards gelten.



Volker Homburg von der ZIP-Zeitarbeit + Personalentwicklung GmbH vertrat die Position, dass Digitalisierung im Kern noch mehr Chancen für Flexibilisierung und auch für die Zeitarbeit bietet.

9. Mai

Deutschland und die Flüchtlinge – wie können wir's schaffen?

Nürnberger Gespräche 1/2016

Kaum ein Ausspruch wurde im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise öfter wiederholt als der Leitspruch „Wir schaffen das!“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Neben der humanitären Ver-

pflichtung, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, wird es in Zukunft vor allem um deren erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt gehen. Gelingt diese Herkulesauf-



Über die Wege, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, diskutierten im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg (von links): Dirk von Vopelius, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittelfranken, Detlef Scheele, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Moderator Gerhard Schröder vom Deutschlandradio, Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, und Prof. Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ am IAB.

gabe, kann Deutschland erheblich profitieren. Was ist also zu tun? Braucht es neue arbeitsmarktpolitische Instrumente? Wie sinnvoll ist die Residenzpflicht? Und soll der Mindestlohn für Flüchtlinge ausgesetzt werden? Diesen und weiteren Fragen gingen Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung bei den „Nürnberger Gesprächen“ am 9. Mai 2016 nach.

IAB-Direktor Prof. Joachim Möller ist sich sicher: „Wir können das schaffen, Deutschland ist ein starkes Land mit gut funktionierenden Institutionen.“ Es habe schon viel gewaltigere Herausforderungen gemeistert – etwa die deutsche Wiedervereinigung. Möller betonte in seinem Eingangsstatement aber auch, dass die Integrationsaufgabe gewaltig sei. Neben der gesellschaftlichen Integration gehe es insbesondere um die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten.

Bei vielen kulturellen Unterschieden könne man nicht davon ausgehen, dass das Zusammenleben immer harmonisch abläuft. Für Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, geht es in erster Linie darum, Normalität in den gegenseitigen Umgang zu bringen und Konflikte weder religiös noch ethnisch oder national aufzuladen. Er beklagte, dass sich das Integrationsgesetz nur an Einreisende richtet, nicht aber an die Einheimischen. Ihm geht es darum, vor allem auf kommunaler Ebene mehr Geld für Wohnungsbau und Kita-Plätze zu investieren, um so soziale Konkurrenz zu vermeiden.

Detlef Scheele, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, sieht in einer Arbeitsstelle die beste Möglichkeit, sich in Deutschland zu integrieren. Dabei spiele Anerkennung eine wichtige Rolle, denn viele Einheimische in Deutschland seien der Vorstellung verhaftet, dass Geflüchtete nicht arbeiten wollen – obwohl sie oftmals gar nicht arbeiten dürften. Eine längere berufsbegleitende Qualifikation sei am sinnvollsten, um die Konkurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Ungelernten zu minimieren.

Dirk von Vopelius, Präsident der Industrie- und

Handelskammer (IHK) Mittelfranken, machte deutlich, dass auch Unternehmen sich angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels aktiv engagieren sollten, um Geflüchteten den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dabei freue er sich über die wachsende ethische und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen.

Prof. Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ am IAB, forderte einen Masterplan für die Integration mit verbindlichen Zielen. Dazu zählen zuvorderst Rechtssicherheit und eine schnellere Abwicklung der Asylverfahren. Des Weiteren sollten verstärkt Deutschkurse und die Integration in das reguläre Bildungssystem gefördert werden.



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller

Menschen in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen die „Würde des Gebrauchtwerdens“ zu geben.

Laut einer aktuellen IAB-Studie findet die Mehrheit der Flüchtlinge einen Job über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte. Brücker plädierte für einen längeren Aufenthaltstitel von mindestens drei Jahren, damit es für Unternehmen wie auch für Geflüchtete lohnenswert wird, in Weiterbildung und Sprachausbildung zu investieren. Er betonte, dass Menschen und Unternehmen eine längerfristige Perspektive brauchen.

Zugleich tun sich die Arbeitsagenturen schwer mit der Anerkennung von Berufsabschlüssen aus den Heimatländern der Geflüchteten. Da Flücht-

Oberbürgermeister Maly stellte klar, dass Sprachkompetenz und die Integration in das Schulsystem oder in den Arbeitsmarkt zwar notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingungen für eine erfolgreiche Integration darstellten. Letztendlich ginge es darum,

linge im Allgemeinen keine Zertifikate mitbringen, bräuchte man ein völlig neues Verfahren, um Kompetenzen festzustellen. Scheele erklärte, dass auch zeitaufwendige Kenntnis- und Fertigkeitstests keine geeignete Alternative zur Gleichwertigkeitsfeststellung darstellen. Daher sollen ab Anfang 2017 flächendeckend neue Anerkennungsverfahren eingesetzt werden, um in drei bis vier Stunden Kompetenzen eines Flüchtlings mit den deutschen Qualifikationen vergleichbar zu machen.

Auf Kritik stieß der Vorschlag einiger Ökonomen, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen. Für Dirk von Vopelius geht es dabei um eine ethische Frage: „Was ist uns eine Stunde menschlicher Arbeitskraft wert? Unter 8,50 Euro sollten wir nicht gehen.“ Der Präsident der Industrie- und Handelskammer betonte dabei zwei Herausforderungen: Einerseits sollten mehr Berufe im ungelernten Bereich geschaffen werden. Der Kombilohn, eine Lohnsubvention durch die Arbeitsagenturen, stelle dabei eine gute Alternative zur Absenkung des Mindestlohns dar. Die

zweite Herausforderung sei der Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten und Teilqualifikationen.

Scheele unterstützte die Idee der Lohnsubventionen und verwies auf die von der Bundesagentur gezahlten Eingliederungszuschüsse für individuelle Minderleistungen, wozu auch fehlende kulturelle Kenntnisse zählten. Ein Aussetzen des Mindestlohns sowie zusätzliche arbeitsmarktpolitische Instrumente für Flüchtlinge hält er indes für „völlig kontraproduktiv“, da dies die Konkurrenz am Arbeitsmarkt verschärfen würde.

Auch die Absicht der Bundesregierung, Flüchtlingen einen Wohnsitz zuzuweisen, sehen die Diskutanten kritisch. Eine Aufhebung der Residenzpflicht würde allerdings zu größerer Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt deutscher Großstädte führen. Daher seien mehr Investitionen in den Wohnungsbau unumgänglich.

Die Nürnberger Gespräche werden von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet. Sie stehen allen Interessierten offen.

11./12. Juli

Zugang zu beruflicher Bildung für Zuwandernde: Chancen und Barrieren

Forum der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz in Nürnberg

Die Integration der hohen Zahl der insbesondere in 2015 und 2016 Zugewanderten stellt eine der wichtigsten Aufgaben in den kommenden Jahren dar. Gerade aufgrund des geringen Alters der Zugewanderten – mehr als die Hälfte ist jünger als 25 Jahre – ist der Zugang zu beruflicher Bildung und zum Arbeitsmarkt eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Integration dieser Personengruppe.

Wie kann das am besten gelingen? Und welche Lehren kann man aus den Erfahrungen bei der Integration früher zugezogener Migranten ziehen? Diese Fragen wurden in einem Forum der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) diskutiert, das vom IAB gemeinsam

mit dem Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) in Nürnberg ausgerichtet wurde.

In einer einführenden Keynote gab Prof. Herbert Brücker vom IAB einen Überblick über die bisherigen Entwicklungen und formulierte, unter anderem auf Basis der Erfahrungen mit früheren Migrantengruppen, Empfehlungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge. Im Anschluss daran wurden in mehreren Einzelsessions die Bildungs- und Arbeitssituation von Zuwanderern, die Möglichkeiten, ihre beruflichen Potenziale zu erfassen und zu verwerten, sowie Konzepte für eine bessere Integration von Zuwanderern in berufliche Aus- und Weiterbildung diskutiert.

In der Abschlussdiskussion mit Vertretern der Wissenschaft, der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie der berufsschulischen Praxis zogen die Teilnehmer ein insgesamt positives Fazit, auch wenn klar wurde, dass eine erfolgreiche Integration der neu Zugewanderten alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt.



In seiner Keynote sprach Prof. Dr. Herbert Brücker vom IAB über erste Erkenntnisse der Fluchtmigration nach Deutschland.

Mindestlohn, Niedriglohn und Beschäftigung: Chancen, Risiken und Handlungsansätze

13./14. Juli

Wissenschaft trifft Praxis

Der am 1. Januar 2015 eingeführte allgemeine gesetzliche Mindestlohn ist eine der bedeutendsten Reformen auf dem deutschen Arbeitsmarkt der letzten Jahre. Die jährlich stattfindende Konferenz „Wissenschaft trifft Praxis“, die das IAB gemeinsam mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit ausgerichtet, widmete sich daher 2016 diesem Thema, das auch angesichts der erstmaligen Erhöhung des Mindestlohns von 8,50 Euro auf 8,84 Euro hochaktuell war. Vertreterinnen und Vertreter von Wissenschaft, Politik und Praxis diskutierten, inwieweit sich die im Vorfeld der Einführung geäußerten Befürchtungen und Erwartungen bewahrheitet haben und an welchen Stellen noch Handlungsbedarf besteht.

Raimund Becker, Vorstand der Bundesagentur für

Arbeit (BA), erinnerte zu Beginn an die Befürchtungen mancher, dass sich der Mindestlohn zu einem Jobkiller und bürokratischen Monster entwickeln würde. Andere hätten dagegen die Hoffnung gehegt, dass Mindestlöhne Lohnungleichheit substanziell verringern und vielen eine Existenzsicherung durch eigenes Erwerbseinkommen ermöglichen würden, sodass die Zahl der Aufstocker dadurch deutlich reduziert werden könne.

Yasmin Fahimi, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die sich bereits als Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und als SPD-Generalsekretärin für den gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt hatte, nannte diesen eine „absolute Erfolgsgeschichte“.



Raimund Becker, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, erinnerte an Befürchtungen, der Mindestlohn könne zum Jobkiller werden.



Yasmin Fahimi, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, nannte den Mindestlohn eine „absolute Erfolgsgeschichte“.



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller wertet den Mindestlohn als „zweitbeste Lösung“. Er sei eine untere Haltelinie im Lohngefüge.



Jan Zilius, Vorsitzender der Mindestlohnkommission, stellte den Aufbau und die Aufgaben dieses Gremiums vor.

Vier Millionen Beschäftigte hätten von seiner Einführung profitiert. Zugleich habe er sich nicht als Beschäftigungsbremse erwiesen. Vielmehr seien viele Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden.

Nach Einschätzung von IAB-Direktor Prof. Joachim Möller hat der Mindestlohn einen wichtigen, aber begrenzten Einfluss auf die allgemeine Entwicklung der Lohnungleichheit, zumal der Anstieg der Ungleichheit bereits vor Einführung des Mindestlohns zum Erliegen gekommen war. Auch sieht Möller erste Indizien für eine abnehmende Fluktuation im Niedriglohnbereich. Dennoch wertet er den Mindestlohn nur als „zweitbeste Lösung“, die angesichts der seit Jahren rückläufigen Tarifbindung notwendig geworden sei, um eine untere Haltelinie im Lohngefüge einzuziehen.

Der Vorsitzende der Mindestlohnkommission, Jan Zilius, stellte den Aufbau und die Aufgaben des Gremiums vor: die Regulierung der Höhe des Mindestlohns, die laufende Evaluation der Auswirkungen sowie die Informationsbereitstellung für Beschäftigte und Unternehmen.

Dass die Einführung des Mindestlohns auch in der BA mitunter kritisch gesehen wurde, berichtete Markus Biercher von der Zentrale der Bundesagentur. So befürchtete die Mehrheit der BA-Praktiker einen stark steigenden Verwaltungsaufwand, insbesondere aufgrund der gesetzlichen Ausnahme-

regelung für Langzeitarbeitslose. Die Regelung wird bislang jedoch nur sehr wenig in Anspruch genommen. Allerdings hätten sich auch die Hoffnungen, dass der Mindestlohn zu einem Rückgang der Ausgaben für Aufstocker führen würde, nicht erfüllt.

Diana Nebe von der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen fasste die Ergebnisse einer Kammerumfrage zu den Auswirkungen des Mindestlohns in Thüringen zusammen. Positiv wurde von der lokalen Wirtschaft beispielsweise angemerkt, dass der Lohnunterbietungswettbewerb durch den Mindestlohn gestoppt wurde. Zugleich wurde unter anderem kritisiert, dass künftig weniger Praktika angeboten werden könnten.

Der erste von vier parallelen Workshops wurde von Christopher Osiander (IAB) geleitet und beschäftigte sich mit dem Thema „Armut trotz Arbeit“. Dr. Kerstin Bruckmeier, Leiterin der Forschungsgruppe „Dynamik in der Grundsicherung“ am IAB, gab dabei einen Überblick über aktuelle Befunde zu Aufstockern, also Personen, die gleichzeitig erwerbstätig sind und Leistungen nach dem SGB II beziehen. Dabei zeigt sich, dass es im Januar 2015 nach Einführung des Mindestlohns im Vergleich zum Vorjahr etwa 44.000 Aufstocker weniger gab, wobei vor allem geringfügige Beschäftigung und Vollzeitbeschäftigung sanken.

Der zweite Workshop, den Dr. Mario Bossler vom IAB moderierte, befasste sich mit den Ergebnis-



Markus Biercher von der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit.



Diana Nebe von der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen.



Die Moderatoren der vier Workshops (von links): Thomas Rhein, Dr. Mario Bossler, Isabell Klingert und Christopher Osiander (alle IAB).



Diskutierten über die zentralen Erkenntnisse aus den Workshops und den Vorträgen des Vortags (von links): IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei, Annelie Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Moderator Sven Astheimer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dr. Elisabeth Neifer-Porsch vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Karl-Sebastian Schulte vom Zentralverband des Deutschen Handwerks.



Detlef Scheele, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) zog in seinem Schlusswort eine positive Bilanz des Mindestlohns.

sen und Reaktionen durch das Mindestlohngesetz. Prof. Lutz Bellmann, Leiter des Forschungsbereichs „Betriebe und Beschäftigung“ im IAB, führte mit Daten zu den Beschäftigungs- und Lohneffekten des Mindestlohns in den Workshop ein. Auf dieser Basis deutete sich bei der Mindestlohn Betroffenheit ein starkes Ost-West-Gefälle an. Außerdem zeigte sich eine besonders starke Betroffenheit der Dienstleistungsbranche – und hier allen voran des Gastgewerbes, so Bellmann.

Im dritten Workshop, durch den Isabell Klingert (IAB) führte, beschäftigten sich die Teilnehmer mit den Dimensionen der Umsetzung des Mindestlohngesetzes. In einem eigenen Beitrag stellte Klingert die Ergebnisse einer IAB-Studie zur Ausnahmeregelung des Mindestlohns für Langzeitarbeitslose vor. Sie hat danach keine signifikanten Effekte auf Löhne, Einstellungswahrscheinlichkeit und Beschäftigungsstabilität. Auch berichten die Jobcenter, dass die Ausnahmeregelung sowohl von Seiten der Beschäftigten als auch von Seiten der Arbeitgeber kaum nachgefragt wird.

Im vierten Workshop, der von Thomas Rhein (IAB) moderiert wurde, ging es um die Auswirkungen des Mindestlohns auf den Niedriglohnsektor. Prof. Daniel Schnitzlein (Universität Hannover und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin) wies darauf hin, dass der Niedriglohnsektor in den

letzten beiden Jahrzehnten stark angewachsen ist, während gleichzeitig keine Verbesserung der Aufwärtsmobilität von Niedrigverdienern festzustellen war. In den letzten Jahren wuchs der Niedriglohnsektor zwar nicht weiter, es kam aber mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns bislang auch zu keiner nennenswerten Reduktion.

Abschließend diskutierte eine hochrangig besetzte Podiumsrunde wichtige Erkenntnisse aus den Workshops und den Vorträgen des Vortags. Neben Dr. Elisabeth Neifer-Porsch vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Karl-Sebastian Schulte vom Zentralverband des Deutschen Handwerks nahmen Annelie Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund sowie Dr. Ulrich Walwei, Vizedirektor des IAB, an der Diskussion teil.

Annelie Buntenbach bewertete die Einführung des Mindestlohns als ersten positiven Schritt, um den immensen Druck, der auf dem Arbeitsmarkt herrsche, einzudämmen. Der Mindestlohn sei eine klar definierte untere Haltelinie, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen helfe und so der Abwärtsentwicklung der Löhne entgegenwirke.

Karl-Sebastian Schulte stellte klar, dass es im Interesse aller sei, Betriebe und Branchen zu identifizieren, die versuchten, Schlupflöcher im Mindestlohngesetz zu finden und auszunutzen. Elisabeth Neifer-Porsch argumentierte, dass dem Missbrauch

des Mindestlohngesetzes durch das Ausnutzen von Schlupflöchern in erster Linie Defizite im Vollzug zugrunde lägen. Bei der gesetzlichen Ausgestaltung des Mindestlohns sieht sie dagegen wenig Nachbesserungsbedarf. Sie betonte, dass vor allem die Dokumentation der Arbeitszeit für das Auszahlen von korrekten Stundenlöhnen unerlässlich sei.

Ulrich Walwei wies darauf hin, dass Aufstocker vielfach nur geringfügig beschäftigt seien. Es müssten vor allem Instrumente zum Einsatz kommen, um die Qualifikation der Betroffenen zu erhöhen. Annelie Buntenbach betonte, dass nicht alleine ein Mangel an Qualifikationen den Übergang von einem Mini-Job in den regulären Arbeitsmarkt ver-

hindere. Vor allem das Steuer- und Abgabensystem schaffe hier Fehlanreize.

Detlef Scheele zog in seinem Schlusswort eine positive Bilanz des Mindestlohns. Es sei gut, dass sich die Aufregung um den Mindestlohn inzwischen gelegt habe. Zudem sei die Erhöhung von 8,50 auf 8,84 Euro durch die in der Mindestlohnkommission vertretenen Sozialpartner sehr rational verlaufen. Gleichwohl sieht auch Scheele im gesetzlichen Mindestlohn kein Allheilmittel. Gerade für Geringqualifizierte sei in erster Linie Qualifizierung das Mittel der Wahl, um aus dem Niedriglohnsegment ausbrechen zu können.

7. September **Räumliche Verteilung von Migranten** Workshop

Russland und Deutschland stehen vor ähnlichen demografischen Problemen in der Zukunft. Daher verfolgen beide Länder Immigrationsstrategien im Hinblick auf Fachkräfte aus dem Ausland. In einem zweitägigen Workshop, der aufgrund einer Anregung von Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und Chairman des Boards der European Public Employment Services (PES), zustandekam, stand der wissenschaftliche Austausch zu Fragen der räumlichen Verteilung von Migranten im Fokus.

Neben drei Forscherinnen und Forschern des

IAB nahmen drei Vertreter der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, drei Vertreterinnen der Hertie School of Governance sowie fünf Forscherinnen und Forscher der Higher School of Economics aus Moskau an dem von Dr. Stephan Brunow (IAB) organisierten Workshop teil. Dabei wurden zehn wissenschaftliche Papiere aus beiden Ländern vorgestellt und diskutiert. Zudem wurden länderübergreifende Kooperationsmöglichkeiten und ein Austausch von Studentinnen und Studenten anvisiert.

7.-9. September **Labor market adjustments to digitization and the future of work** Vierte internationale Tasks-Konferenz

Rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem In- und Ausland diskutierten bei der vierten internationalen Tasks-Konferenz zum Thema „Labor market adjustments to digitization and the future of work“ über die Anpassungen von Arbeitsmärkten in Folge der Digitalisierung und die Zukunft der Erwerbsarbeit. Die Veranstaltung

wurde vom IAB gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ausgerichtet.

Zu den Highlights der Konferenz zählten die Keynote-Vorträge führender internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der

Ökonomie und der Robotik-Forschung. Prof. Guy Michaels von der London School of Economics and Political Science (LSE) präsentierte seine Forschungsergebnisse zum Einfluss von Robotern auf die Erwerbsarbeit.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. internationalen Tasks-Konferenz diskutierten über die Anpassungen von Arbeitsmärkten infolge der Digitalisierung und die Zukunft der Erwerbsarbeit. Foto: ZEW.

Aus Sicht der aktuellen Robotik-Forschung beleuchtete Jun.-Prof. Dr.-Ing. Verena Nitsch von der Bundeswehr Universität München in ihrer Keynote die Herausforderungen der Robotik für die Zukunft der Erwerbsarbeit. Thema war unter anderem die zunehmende Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine im Zeitalter der Wirtschaft 4.0.

Prof. Alan Manning, ebenfalls LSE, sprach über den Einfluss von Technologie und Globalisierung auf Arbeitsmärkte. Dabei ging er sowohl auf neue technologische Entwicklungen als auch auf die Herausforderungen für die Politik und Forschung ein.

Einen praktischen Einblick in die Anwendung von „Industrie 4.0“ gewannen die Teilnehmer der Konferenz bei einem Werksbesuch der Firma Pepperl + Fuchs, einem Spezialisten für Fabrik- und Prozessautomation.

Verpasst Deutschland den Anschluss? Nürnberger Gespräche 2/2016

21. November

Deutschland präsentiert sich derzeit als der ökonomische Kraftprotz Europas. Doch IAB-Direktor Prof. Joachim Möller, der die „Nürnberger Gespräche“ am 21. November im Historischen Rathausaal eröffnete, warnte in seinem Impulsreferat: „Nichts ist so gefährlich wie trügerische Sicherheit, in der man sich wiegt.“ Wie würde Deutschland eine Neuauflage der Finanzkrise verkraften oder schlimmer noch: Was wäre, wenn die Geschäftsmodelle unserer Leitindustrien nicht mehr trügen? Wenn wir wichtige technologische Trends übersähen oder zu langsam darauf reagierten? Um diese Fragen ging es in der anschließenden Podiumsdiskussion.

Zu Beginn äußerten sich einige Diskutanten kritisch zur Regierungspolitik der vergangenen Jahre und konstatierten einen Reformstau im wirtschaftspolitischen Bereich, etwa mit Blick auf die demografische Herausforderung. Dem widersprach Eva Welskop-Deffaa, Mitglied im Verdi-



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller

Bundesvorstand und eine der wenigen führenden Gewerkschafterinnen mit CDU-Parteibuch, entschieden. Mit dem Elterngeld samt Partnermonaten (anfangs diskreditiert als „Wickelvolontariat“), der Rente mit 67 („heiß umstritten“) und drei Pflegestär-

kungsgesetzen habe die Bundesregierung in den letzten drei Legislaturperioden sehr wohl starke Akzente einer demografie-responsiven Gesellschafts- und Sozialpolitik gesetzt.

Für Dr. Gunther Kegel, Vorsitzender der Geschäftsführung von Pepperl + Fuchs, einem in der Automatisierungstechnik führenden Unter-

nehmen, ist die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland trotz der aus seiner Sicht zu stark gestiegenen Lohnkosten und des zu starren Kündigungsschutzes das Resultat niedriger Zinsen, eines schwachen Euro und des billigen Öls. Tatsächlich aber verlöre Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit, die Unternehmen würden international schon bald wieder unter Druck geraten, so Kegel. Demgegenüber rechtfertigten Professor Werner Widuckel, Inhaber der Audi-Lehrprofessur für Personalmanagement und Arbeitsorganisation in technologieorientierten Unternehmen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, und Eva Welskop-Deffa den stärkeren Anstieg der Löhne in den letzten Jahren. Es habe hier einen Nachholbedarf gegeben, konstatierte Widuckel, zudem stärke das Lohnwachstum den Binnenkonsum, was sich positiv auf die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen auswirke.

Bildung, da waren sich die Diskutanten einig, ist einer der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Denn schon heute zeichnen sich in wichtigen Teilbereichen deutliche Fachkräfteengpässe ab. In drei bis fünf Jahren, warnte Kegel, würden uns die Ingenieure fehlen. Handlungsbedarf besteht auch mit Blick auf die zu niedrige Zahl an erfolgreichen Unternehmensgründungen. Ein Problem: Deutsche Banken stellen vielfach zu wenig Wagniskapital zur Verfügung. Daher gründen deutsche Unternehmen – Beispiel Siemens – eigene Start-ups innerhalb ihrer Firmen.

Auch die Autoindustrie als klassische Erfolgsbranche der deutschen Wirtschaft, sieht sich mit Herausforderungen, wie dem technologischen Wandel und dem Trend zur Elektromobilität, konfrontiert. Der vormalige Audi-Manager Widuckel sieht die Branche in einer „Kompetenzfalle“: Die deutschen Firmen seien bei der Entwicklung und Herstellung von Autos weltweit erfolgreich – und hätten daher die Notwendigkeit unterschätzt, neue Wege zu beschreiten.

Widuckel und Welskop-Deffa fordern eine

Weiterentwicklung der Autoindustrie hin zu einem Mobilitätsdienstleister. Damit werde die Zahl der Beschäftigten im klassischen Kernbereich der Autoindustrie drastisch schrumpfen, zugleich aber ein „Kranz“ von Mobilitätsdienstleistern entstehen, die neue Beschäftigung schaffen.

Auch die Frage, welche Rolle dem Staat bei der Gestaltung des technologischen Wandels zukommen soll, lässt sich am Beispiel der Autoindustrie trefflich diskutieren. So lehnte Prof. Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH), Subventionen wie die Prämie für Elektroautos ab, sprach sich aber dafür aus, dass der Staat mehr in die Infrastruktur für Elektromobilität investiert.

„Ist eine alternde Gesellschaft noch in der Lage, neue Technologien zu absorbieren?“, zeigte sich der IWH-Chef besorgt – auch im Hinblick darauf, dass es meist eher jüngere Menschen seien, die ein neues Unternehmen gründen. Kegel wiederum sagte, dass die Digitalisierung für zwei Drittel der Gesellschaft zu schnell ablaufe. Sie treffe zudem auf eine Welt, die durch die Globalisierung ohnehin schon verunsichert sei. Die demografische Alterung werfe zudem die Frage auf, wie der Wissenstransfer zwischen Älteren und Jüngeren in den Betrieben sichergestellt werden könne. Angesichts der guten Erfahrungen im eigenen Unter-

nehmen regte Kegel an, altersgemischte Tandems zu bilden und die Älteren so lange wie möglich im Unternehmen zu halten, damit diese ihr Wissen an die Jüngeren weitergeben können.

In seinem traditionellen Schlusswort ging Nürnbergs Oberbürgermeister Maly auf die Rolle des Staates bei der Gestaltung



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



Über den Technologiestandort Deutschland diskutierten (von links): Prof. Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, Prof. Werner Widuckel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Eva Welskop-Defaa, Mitglied im Verdi-Bundesvorstand, Dr. Gunther Kegel, Vorsitzender der Geschäftsführung von Pepperl + Fuchs und Moderator Uwe Ritzer von der Süddeutschen Zeitung.

des technologischen Wandels ein. So müsse der Staat intensiv Forschungsförderung betreiben und im Zweifelsfall Risikokapital bereitstellen. Keinen Sinn sieht das Stadtoberhaupt jedoch darin, dass der Staat beispielsweise Stromtankstellen baut oder finanziert, vermag er diesbezüglich doch keinen prinzipiellen Unterschied zu herkömmlichen Tankstellen zu erkennen. „Die wichtigsten

Tätigkeiten des Staates sind jene, die niemand tut, wenn sie der Staat nicht tut“, brachte er sein Credo auf den Punkt.

Die Nürnberger Gespräche werden von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet. Sie stehen allen Interessierten offen.

Die Rolle der Zeitarbeit für die berufliche Integration

6. Interdisziplinäres Forum zu Zeitarbeit und Werkverträgen

2. Dezember

Zum mittlerweile sechsten Mal lud das IAB zum interdisziplinären Forum zu Zeitarbeit und Werkverträgen nach Nürnberg ein. Diesmal standen internationale Aspekte der Zeitarbeit im Vordergrund.

Prof. Michel Ph. Mattoug von der Universität Freiburg im Breisgau/Straßburg berichtete, dass in Frankreich die Zeitarbeit ein wirtschaftspolitisches System sei, das vom Staat gelenkt werde. Die Drehtüreffekte der Zeitarbeit seien aufgrund verschiedener Regelungen in Frankreich wesentlich geringer als beispielsweise in Deutschland.

Prof. Werner Widuckel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) ging in seinem Vortrag ebenfalls auf die Drehtüreffekte ein und betonte, dass nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit sehr viele Beschäftigungs-

verhältnisse in der Zeitarbeit relativ kurz seien. Widuckel sieht einen Trend zur Ausdifferenzierung der Zeitarbeit, eine Bedeutungszunahme bei Zeitarbeitsverhältnissen in der Logistik und einen wesentlich größeren Frauenanteil als noch vor zehn Jahren.

Christian Baumann vom Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. berichtete über seine Studie zur Motivation von Beschäftigten in der Zeitarbeit, nach der Entscheidungen der Arbeitnehmer bei einem Drittel sehr häufig bewusst getroffen werden und stark von der Persönlichkeit und dem Bildungshintergrund der Arbeitnehmer abhängen.

Manfred Bornewasser, emeritierter Professor für Sozialpsychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie der Universität Greifswald und Volker

Homberg, geschäftsführender Gesellschafter der ZIP-Zeitarbeit + Personalentwicklung GmbH, Bremen, untersuchten, ob die Digitalisierung die Organisation von Zeitarbeit verändert oder ob sich die Branche sogar neu erfinden müsse. Die Referenten zeigten, dass in einem Modell des digital gestützten „Learnings on the Job“ aus Arbeitsprozessen Lernprozesse werden und damit Erfahrungswissen auf eine neue Stufe gehoben wird.

Carina Sperber, Dr. Anja Warning und Prof. Enzo Weber vom IAB stellten ihren aktuellen IAB-Kurzbericht zum Thema „Werkverträge aus Sicht der Auftraggeber: Warum Betriebe On-Site-Werkverträge nutzen“ vor. Nach Angaben der IAB-Stellenerhebung haben im vierten Quartal 2015 rund 26.000 Betriebe und Verwaltungen On-Site-Werkverträge vergeben. Sie betrafen etwa 212.000 Beschäftigte, die im Rahmen dieser On-Site-Werkverträge auf dem Betriebsgelände der Auftraggeber tätig waren.

In einer zusätzlichen, mit dieser Erhebung verbundenen qualitativen Betriebsbefragung gingen sie zudem den Motiven der Nutzung von On-Site-Werkverträgen nach. Genannt wurden vor allem der Einsatz von spezialisiertem Personal sowie die Verringerung von erlebtem oder erwartetem Fachkräftemangel, aber auch Aspekte der Kostenreduzierung bei der Personalverwaltung und die Steigerung der Flexibilität bei Auftragserfüllung.

Ingrid Hofmann, Inhaberin von Hofmann Zeitarbeit und Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, berichtete in ihrem Vortrag zum Thema „Flüchtlinge in der Zeitarbeit“, dass in der Zeitarbeitsbranche bislang 4.400 Flüchtlinge aus

Bürgerkriegsländern in ein Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis eingestellt worden seien. Das sei viel, wenn man bedenke, dass alle 30 DAX-Konzerne zusammen weniger Flüchtlinge beschäftigt hätten. Hofmanns Idee war es gewesen, ehemalige Praktikanten in Jobs bei Kunden von Zeitarbeitsunternehmen zu vermitteln. Ein Selbstläufer sei die Integration der Flüchtlinge keineswegs. Die internen Berechnungen hätten zudem ergeben, dass der Aufwand für die Unternehmen im Vergleich zu einem lange hier lebenden Bewerber fast doppelt so groß sei.

In der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Prof. Lutz Bellmann (IAB und FAU) moderiert wurde, standen die Anstrengungen, Geflüchtete in Beschäftigung und Ausbildung zu integrieren, ebenfalls im Vordergrund. IAB-Direktor Prof. Joachim Möller zitierte aus einer Studie des IAB, wonach die Zeitarbeitsbranche bei Nichtdeutschen besser als Sprungbrett auf einen Dauerarbeitsplatz funktioniert als bei Deutschen. Das sei auch nötig, da aufgrund der Digitalisierung der Druck auf Einfacharbeitsplätze sehr groß geworden sei.

Johannes Jakob, Abteilungsleiter „Arbeitsmarktpolitik“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund und Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, möchte Geflüchtete angesichts des drohenden Fachkräftemangels eher in Ausbildung bringen, anstatt sie als Un- und Angelernte zu vermitteln. Prof. Werner Widuckel merkte an, dass die beruflichen Qualifikationen bei Zeitarbeitnehmern oftmals höher seien, als für die von ihnen ausgeübte Tätigkeit erforderlich.



Über die internationalen Aspekte der Zeitarbeit diskutierten (von links): Prof. Werner Widuckel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Johannes Jakob vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Mitglied des Verwaltungsrats der BA, Ingrid Hofmann, Inhaberin von Hofmann Zeitarbeit und Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, und IAB-Direktor Prof. Joachim Möller.

Die Gesprächsreihe „IAB-Colloquium zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ ist ein Forum, bei dem überwiegend externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit vorstellen und mit Expertinnen und Experten aus dem IAB diskutieren. Dabei handelt es sich meist um bereits abgeschlossene oder weit fortgeschrittene Projekte. Die Reihe dient primär dem Austausch zwischen dem IAB und anderen Forschungseinrichtungen. Selbstverständlich sind aber auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der politischen, administrativen und betrieblichen Praxis willkommen. Im Jahr 2016 wurde die Veranstaltungsreihe von der Stabsstelle Forschungscoordination organisiert.

Im Berichtsjahr 2016 gab es Vorträge zu folgenden Themen:

14. Januar

Die zeitliche Entwicklung von Nonresponse-Effekten in Panel Surveys. Eine Überprüfung des Fade-Away-Effekts mit dem Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS)

Prof. Dr. Ulrich Rendtel,
Freie Universität Berlin

20. Januar

Geschlechtsspezifische Einkommensungleichheit aus der Lebensverlaufsperspektive: Empirische Evidenz auf Basis von SIAB-Daten

Dr. Christina Boll,
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

28. Januar

Inclusive labour market: A role for a job guarantee scheme

Prof. Dr. Joan Muysken,
Maastricht University (Niederlande)

10. Februar

The impact of increased instructional time on student performance: Quasi-experimental evidence from PISA

Prof. Dr. Jan Marcus,
Universität Hamburg

18. Februar

Simply omitting or better using proxies? – Some guidance for multiple regression analysis with administrative labour market data

Shihan Du,
Copenhagen Business School (Dänemark)

1. März

What you do at work and how: a framework for measuring tasks across occupations

Enrique Fernández-Macías, Ph.D.,
European Foundation for the Improvement of
Living and Working Conditions, Dublin (Irland)

10. März

**Die Integration von Menschen mit
Fluchtgeschichte in den bayerischen
Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**

Klaus Beier,
Geschäftsführer Arbeitslosenversicherung der
Regionaldirektion Bayern

7. April

Modes of child care

Prof. Dr. Volker Meier,
Ludwig-Maximilians-Universität München

14. April

**Die Bedeutung mittelständischer
Unternehmen für regionale
Ausbildungsquoten**

Vera Jahn,
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

28. April

**U.S. means-tested employment and
training programs**

Prof. Burt Barnow, Ph.D.,
George Washington University, Washington
D. C. (USA)

4. Mai

**Street-level organizations and US
workfare: The "success narrative"
revisited**

Prof. Evelyn Z. Brodtkin, Ph.D.,
The University of Chicago (USA)

12. Mai

**Alltagstaugliche Personenkategorien
als Transformationsmechanismus zur
Humankapitalisierung Erwerbsloser**

PD Dr. Christine Weinbach,
Universität Potsdam

2. Juni

Job displacement from young plants

Prof. Dr. Steffen Müller,
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Halle

8. Juni

**What are the firm-level effects of active
labour market policies?**

Prof. Pedro Martins, Ph.D.,
University of London (Großbritannien)

16. Juni

Public sector transformation and racial inequality in the United States

Prof. Matt L. Huffman, Ph.D.,
University of California (USA)

30. Juni

Non-formal further training and job mobility in Germany

Dr. Martin Ehlert,
Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung

4. Juli

Why not (to) choose the most convenient labor supply model?

Prof. Dr. Georg Hirte,
Technische Universität Dresden

19. Juli

Are the most productive regions necessarily the most successful?

Prof. Mark Partridge, Ph.D.,
Ohio State University (USA)

21. Juli

Returns to ICT skills

Dr. Simon Wiederhold,
ifo Institut

26. Juli

Die Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit

Michael Adam,
Bundesagentur für Arbeit

28. Juli

The effect of job displacement on the onset of diabetes

Prof. Dr. Annette Bergemann,
University of Bristol (Großbritannien)

18. August

Die Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge – Datenbasis und Datengenerierung der Asylgeschäftsstatistik, des Ausländerzentralregisters und der Integrationskursstatistik

Dr. Harald Lederer,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

1. September

On the puzzle of diversification in social networks with occupational mismatch

Prof. Dr. Anna Zaharieva,
Universität Bielefeld

6. Oktober

**Kompetenzerfassungsverfahren der
Bundesagentur für Arbeit**

Michael van der Cammen,
Bundesagentur für Arbeit

20. Oktober

**Health, employability and social
marginalization – the role of work and
activation policies**

Iben Nørup, Ph.D.,
Aalborg University (Dänemark)

25. Oktober

Date of birth and selective schooling

Prof. Robert A. Hart,
University of Stirling (Großbritannien)

15. Dezember

**Neighbourhood Turnover and Teenage
Attainment**

Dr. Felix Weinhardt,
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(DIW)

Beim „Diskussionskreis zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (DiskAB) stehen laufende Forschungsprojekte im Mittelpunkt. Diese Gesprächsreihe dient vor allem der konzeptionellen Weiterentwicklung IAB-eigener Projekte. Es werden aber auch Arbeiten externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsentiert, die mit IAB-Daten erstellt wurden. Die Veranstaltungsreihe wurde von Dr. Christine Dauth organisiert.

Im Berichtsjahr 2016 gab es Vorträge zu folgenden Themen:

2. Februar

Macroeconomic stability and the single European labor market

Dr. Timo Baas,
Universität Duisburg-Essen

16. Februar

Informationen zum neuen Datenprodukt „Werdegangshistorik“ (WGH)

Markus Köhler,
Christian Seysen,
IAB

25. Februar

Quantifying the effect of labor market size on learning externalities

Cornelius Peters,
IAB

1. März

The effect of minimum wages on firm-financed apprenticeship training

Mathias Schumann,
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Berlin

3. März

The urban wage premium in imperfect labour markets

Dr. Michael Oberfichtner,
IAB

15. März

Die Dienstleistungen zur Kompetenzfeststellung des Berufspsychologischen Services der Bundesagentur für Arbeit

Nicolas Sander,
Bundesagentur für Arbeit

23. März

Broadband infrastructure and entrepreneurship

Andreas Mazat,
Ifö Institut, Leibniz Institut für
Wirtschaftsforschung an der Universität
München

6. Dezember

Datenlage zu Flucht und Migration

Markus Köhler,
Elisabeth Roß,
IAB

7. Juni

**Diversity Management und soziale
Schließung in Betrieben in Deutschland.
Ergebnisse aus Experteninterviews**

Jörg Szameitat
unter Mitarbeit von Elke Dony,
Gudrun Fausel und Barbara Knapp,
IAB

16. August

**The labor supply effects of
unemployment insurance for older
workers**

Simon Trenkle,
IAB

22. November

**Comparative statics quantification of
structural migration gravity models**

Steffen Sirries,
IAB
